

Spieß, C. Katharina

Article

Kompromisse beim Betreuungsgeld: Die Ökonomie darf dabei nicht vergessen werden: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Spieß, C. Katharina (2011) : Kompromisse beim Betreuungsgeld: Die Ökonomie darf dabei nicht vergessen werden: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 78, Iss. 40, pp. 34-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152203>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist kommissarische Leiterin der Abteilung Bildungspolitik am DIW Berlin und Professorin an der FU Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Kompromisse beim Betreuungsgeld: Die Ökonomie darf dabei nicht vergessen werden

Laut Koalitionsvertrag sollen Eltern, die ihre Kinder unter drei Jahren zu Hause selbst betreuen und keine öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen, ab 2013 ein Betreuungsgeld erhalten. Schon viel wurde über diese von Kritikern als „Herdprämie“ diffamierte Idee debattiert. Um die Wogen zu glätten, soll nun ein Kompromiss ausgearbeitet werden. Wie immer auch ein solcher Kompromiss aussehen mag, darf eines nicht vergessen werden: Es liegen bereits heute Erkenntnisse darüber vor, welche Wirkungen ein solches Betreuungsgeld nach sich ziehen kann.

Zum einen zeigen internationale Erfahrungen, dass entsprechende Leistungen zu einem Rückgang der Erwerbsbeteiligung von Müttern und der Nutzung frühkindlicher Bildungs- und Betreuungseinrichtungen führen können. Norwegen und Finnland etwa haben ähnliche Leistungen eingeführt. In beiden Ländern ging die Zahl der in öffentlich geförderten Einrichtungen betreuten Kleinkinder zurück. Zudem konnte eine sinkende Erwerbsbeteiligung der Mütter nachgewiesen werden – und dies, obwohl Betreuungsangebote zur Verfügung standen. In Norwegen zum Beispiel waren es vor allem Mütter mit einem niedrigen Bildungsgrad, die sich vom Arbeitsmarkt zurückzogen. Gerade für diese Mütter wäre jedoch eine kontinuierliche Erwerbsbiografie besonders wichtig, wenn es um eine langfristige Einkommenssicherung und eine eigenständige Alterssicherung geht.

Zum anderen legen auch Simulationen auf der Basis repräsentativer deutscher Mikrodaten nahe, dass nach Einführung eines Betreuungsgeldes insbesondere teilzeitbeschäftigte Mütter bereit wären, ihre berufliche

Tätigkeit zu unterbrechen und sich selbst um ihre Kinder zu kümmern. Beinahe jede zweite der vor Einführung des Betreuungsgeldes Teilzeit arbeitende Mutter würde ihre Erwerbsarbeit unterbrechen – so die Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Und dies nachdem sie nach dem Bezug des Elterngeldes durchaus Anreize hätten, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Entsprechende Simulationen weisen auch darauf hin, dass insbesondere einkommensschwächere Haushalte Kindertageseinrichtungen in einem geringeren Umfang nutzen werden. Betroffen wären also jene Kinder, die diese Einrichtungen bereits jetzt vergleichsweise selten besuchen und die von qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen grundsätzlich profitieren würden. Hinsichtlich der Verteilungswirkungen scheint das Betreuungsgeld eher eine Maßnahme der Umverteilung finanzieller Ressourcen hin zu einkommensschwächeren Haushalten zu sein. Für die Förderung einkommensschwacher Familien gibt es jedoch andere Maßnahmen als die Einführung eines Betreuungsgeldes.

Insgesamt werden die fiskalischen Kosten eines Betreuungsgeldes auf etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr geschätzt, die in anderen Bereichen fehlen werden. Aus ökonomischen Überlegungen heraus wäre es sinnvoller, Kindern in allen Regionen Deutschlands ab ihrem zweiten Lebensjahr gleichermaßen qualitativ hochwertige frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote bereit zu stellen. Dafür sollten weitere Milliarden ausgegeben werden – denn die Einführung eines Rechtsanspruchs für einen solchen Platz ab dem zweiten Lebensjahr – wie er für 2013 geplant ist – wird neben den bisherigen Investitionen alleine nicht genügen, um qualitativ hochwertige Angebote für alle nachfragenden Familien zu schaffen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
PD Dr. Elke Holst
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.